

Eine Information von:

GRÜNE Netzwerk
LIGA Ökologischer
Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.



Die Koalition der Wortbrüchigen

Wie Brandenburgs Landesregierung sich vom Kohlekonzern
ihr Klimaziel diktieren lässt

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat ihr Klimaschutzziel 2014 im Koalitionsvertrag festgeschrieben - damit war der Rahmen für die schon damals geplante Überarbeitung der Energiestrategie des Landes vorgegeben. Im Juli 2017 wurde bekannt, dass dieses Ziel nun von 25 auf 41 Millionen Tonnen angehoben werden soll. Kaum, dass der Kohlekonzern LEAG den Wunsch geäußert hat, das älteste und dreckigste Lausitzer Kohlekraftwerk bis nach 2030 zu betreiben, plant die Landesregierung also den Bruch des Koalitionsvertrages zugunsten der Kohlelobby. Die Hintergründe dieses absurden Vorgangs sind hier im Einzelnen dargestellt.

Kohle und Klimaschutz in Brandenburgs Koalitionsvertrag

Laut dem rot-roten Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode „soll der Ausstoß von Kohlendioxid bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 72 Prozent gesenkt werden. Damit setzen wir die Energiestrategie 2030 weiter um und tragen maßgeblich zur Erfüllung der energie- und klimapolitischen Ziele des Bundes bei.“

Eine Senkung um 72% bedeutet noch maximal 25 Millionen Jahrestonnen energiebedingte CO₂-Emissionen im Jahr 2030. Derzeit stößt Brandenburg noch ca. 58 Mio. t aus, davon 35 – 36 Mio. t aus den zwei Braunkohlenkraftwerken Jänschwalde und Schwarze Pumpe. Da die Energiestrategie einen Kabinettsbeschluss darstellt, ist sie direkt dem Koalitionsvertrag verpflichtet.

Brandenburgs bisheriges Klimaziel

Die Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg enthielt auch ein Ziel für den energiebedingten CO₂-Ausstoß im Jahr 2030. Es lag bei 22,8 Millionen Tonnen pro Jahr! Dieses Ziel wurde in der im Februar 2012 verabschiedeten Energiestrategie 2030 bereits auf 25 Millionen Tonnen abgeschwächt. Hintergrund waren neben dem Hauptstadtflughafen zwei geplante Gaskraftwerke in Premnitz und Wustermark, die aber kurz darauf von den Investoren abgesagt wurden. Die folgende Tabelle steht zwar eher versteckt im Internet, macht aber immerhin transparent, wie das Klimaziel zustande kam:

Herleitung des Ziels der Energiestrategie 2030 aus dem Jahr 2012¹

energiebedingte CO ₂ -Emissionen 1990	91 Mio. t
energiebedingte CO ₂ -Emissionen 2010	55,9 Mio. t
Maßnahme	Änderung gegenüber 2010 in Mio. t
Stilllegung des KW Jänschwalde	-23,5
Neubau CCS-KW am Standort Jänschwalde	0,8
Erneuerung und Teillastbetrieb KW Schwarze Pumpe	-3,9
Zubau von Gaskraftwerken	1,1
Umbau übrige Erzeugung (inkl. OPAL-Verdichterstation)	-0,8
EEV-Absenkung und EEV-Energiemixänderung	-5,9
Zusatzemission durch Flughafen BBI	1,4
energiebedingte CO₂-Emissionen 2030	25,0 Mio. t

Diese Zahlen zeigen: Wird - wie nun endgültig klar ist - kein CCS-Kraftwerk in Jänschwalde gebaut und bleibt es bei der Absage der hier noch mitgerechneten zwei Gaskraftwerksprojekte, müsste das Klimaschutzziel eigentlich um 1,9 Mio. t gesenkt werden! Oder das Ziel zur Energieeinsparung kann um bis zu 1,9 Mio. t verfehlt werden, ohne dass dadurch das Klimaschutzziel weiter aufgeweicht werden müsste.

Einen vernünftigen Grund, das Ziel auf 41 Mio. t zu erhöhen gibt es nicht. Bei dieser Zahl geht es offenbar nur um einen Weiterbetrieb des Kraftwerkes Jänschwalde bis nach 2030!

Das Kraftwerk Jänschwalde – die ewige Dreckschleuder?

Das Kraftwerk Jänschwalde gehört zu den klimaschädlichsten Kraftwerken Europas². Im Jahr 2015 wurde zwischen Bundesregierung und Betreiber die Stilllegung der zwei neuesten Blöcke des Kraftwerkes Jänschwalde bis 2023 vereinbart³. Die vier älteren Blöcke A bis D wären im Jahr 2030 schon zwischen 45 und 49 Jahre in Betrieb.

Was für ein Zufall: Die aktuelle Prognos-Studie der Landesregierung zur Fortschreibung der Energiestrategie kommt (im „Basisszenario“) mit einer europaweiten Kraftwerksmodellierung genau auf 16 Millionen Tonnen mehr als das bisherige Ziel. Vier Blöcke in Jänschwalde mit jeweils etwa 4 Millionen Jahrestonnen CO₂ ergeben genau dasselbe! Die wesentliche Ursache dieses Zufalls ist wohl die zu Grunde gelegte Annahme, dass Braunkohlekraftwerke bis zum Alter von 50 Jahren betrieben werden⁴. Diese Annahme ist völlig willkürlich, sie resultiert aus keinem Gesetz, keiner Strombedarfsprognose oder Wirtschaftlichkeitsberechnung. Und sie widerspricht allen früheren Aussagen zur Laufzeit des Kraftwerks.

Übrigens

“Im Jahr 2020 kommt die Betrachtung der Stromerzeugung in Brandenburg an eine Schnittstelle, da etwa zu diesem Zeitpunkt das Kraftwerk Jänschwalde seinen Betrieb einstellen wird.” - aus dem „Gutachten zur Fortschreibung des Energiekonzeptes des Landes Brandenburg“, PROGNOSE AG 2001, Seite 78

Auf Befehl der LEAG

Vermutlich wurden die Annahmen einfach so getroffen, dass sie zum Revierkonzept des Kohle Konzerns LEAG passen. Der Konzern behauptet nämlich seit März 2017 plötzlich, das Kraftwerk Jänschwalde bis nach 2030 zu betreiben:

„Das Unternehmen plane, den Tagebau Jänschwalde bis voraussichtlich 2023 planmäßig zu Ende führen. Das Kraftwerk Jänschwalde soll dann noch für einen Zeitraum von 8 bis 10 Jahren mit Kohle aus dem Süden des Reviers betrieben werden, um damit auch der Struktur- und Standortentwicklung einen längeren Planungshorizont zu geben.“⁵

Kein Unternehmen betreibt ein Kraftwerk aus Mitleid mit der Struktur- und Standortentwicklung etwa des Amtes Peitz. Im Klartext: Der wahre Grund für die behauptete Laufzeit wird verschwiegen.

Pokern auf Kosten der Region?

Ob die vier ältesten Jänschwalder Kraftwerksblöcke wirtschaftlich bis 2030 betrieben werden können, ist alles andere als sicher. Der technische Verschleiß ist hoch, die Gewinne gering. Nicht ausgeschlossen, dass die LEAG versucht, für die ohnehin geplante frühere Stilllegung des Kraftwerks von der Bundesregierung entschädigt zu werden. Dem Kohlerevier und den Beschäftigten könnte man dann den Klimaschutz als Schuldigen präsentieren und der deutsche Steuerzahler würde den tschechischen Oligarchen angeblich entgangene Gewinne ersetzen. Dieses Geld kann dann natürlich nicht mehr in den Lausitzer Strukturwandel fließen. Und weil in Prag und Potsdam gepokert wird, könnten sich die Menschen vor Ort nicht rechtzeitig auf die Stilllegung vorbereiten.

Und für dieses schmutzige Spiel hätte eine rot-rote Landesregierung sogar ihren eigenen Koalitionsvertrag gebrochen.

Fordern Sie mit uns:

**Keine Aufweichung des Brandenburger Klimaschutzzieles!
Keine Laufzeitverlängerung für Uralt-Kraftwerke!**

Um den Koalitionsvertrag zu brechen, werden merkwürdige Begründungen in der Presse und an der Basis der beteiligten Parteien verbreitet. Was ist dran?

Hat die bisherige Energiestrategie ihr Klimaziel vom CCS-Neubaukraftwerk in Jänschwalde abhängig gemacht?

Die Energiestrategie aus dem Jahr 2012 macht Ihr Klimaschutzziel eindeutig nicht vom Bau eines CCS-Kraftwerkes abhängig. Während das Ziel klar festgeschrieben wird, wurde die Notwendigkeit des Kraftwerkes ausdrücklich offengehalten:

„Ein gegebenenfalls erforderliches Nachfolgebraunkohlekraftwerk am Energiestandort Jänschwalde soll nicht ohne CCS-Technologie errichtet und betrieben werden.“⁶

Nicht zuletzt nennt auch der Koalitionsvertrag keine Bedingung für die eingangs zitierte Aussage.

Gibt es neue Erkenntnisse, die ein Abrücken vom Koalitionsvertrag rechtfertigen?

Dass für die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) in Deutschland die Akzeptanz fehlt, war bereits bei Verabschiedung der Energiestrategie im Februar 2012 bekannt. Der Vattenfall-Konzern hatte seine geplante Demonstrationsanlage bereits 2011 abgesagt. Auch zusätzliche Emissionen durch den Hauptstadtflughafen waren 2012 bereits berücksichtigt.

Sollte sich der Energieverbrauch von Industrie und Verkehr nicht so stark wie geplant senken lassen, müsste erst einmal angegeben werden, wie viel CO₂ das entspräche. Das vorliegende Gutachten verschweigt diesen Wert aber. In jedem Fall liegt er weit unter der geplanten Anhebung des Klimaziels.⁷

Haben die Gutachter von Prognos empfohlen, das Klimaziel aufzuweichen?

Im Prognos-Gutachten zur Fortschreibung der Energiestrategie kommt das sogenannte „Basiszenario“ auf 41 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß im Jahr 2030. Dessen Annahmen entstammen aber Vorgaben des Auftraggebers, also der Landesregierung. An keiner Stelle empfehlen die Prognos-Gutachter die Annahmen zur Braunkohleverstromung im Basiszenario als Grundlage für die Politik des Landes zu nehmen. Stattdessen warnen sie deutlich: „Die bisher geltenden Klimaziele Deutschlands werden verfehlt.“ (S. 30)

Hat sich der Bund nicht auch nur minus 55% bis 2030 vorgenommen?

Der eben zitierte Satz sagt eigentlich schon alles. Der 2016 von der Bundesregierung beschlossene Klimaschutzplan hat das 2030-Ziel auf die Sektoren aufgeschlüsselt. Die dabei für die Energiewirtschaft festgelegten 175 – 183 Mio. Tonnen sind nur erreichbar, wenn die Kohleverstromung etwa halbiert wird. In Ländern mit Braunkohlenkraftwerken müssen die Reduktionen deshalb stärker ausfallen als im Bundesdurchschnitt.

Wäre Brandenburg ohne Aufweichung des Klimazieles kein Stromexporteur mehr?

Brandenburg bleibt auch ohne das Kraftwerk Jänschwalde eindeutig Stromexporteur. Dabei kommt es gar nicht darauf an, wieviel Erneuerbare Energien künftig noch ausgebaut und wieviel Strom noch eingespart wird: Schon 2014 stand der Bruttostromerzeugung von 54,4 Terawattstunden (TWh) ein Verbrauch von 16,3 TWh gegenüber⁸. Das Kraftwerk Jänschwalde produzierte in diesem Jahr mit etwa 21 TWh sogar besonders viel Strom, es blieben trotzdem 17,1 TWh übrig. Damit hat Brandenburg 2014 sogar ohne beide Braunkohlenkraftwerke (Jänschwalde und Schwarze Pumpe) mehr Strom erzeugt als verbraucht.

„Energieexporteur“ ist Brandenburg entgegen manchen Behauptungen bisher ohnehin nicht: In die Raffinerien fließt in Form von Öl mehr Energie, als das Land auf anderen Wegen (Strom u.a.) wieder verlässt.

Quellennachweis

Foto Albrecht Gerber: Till Budde

Foto Dietmar Woidke: Die Hoffotografen

Foto Christian Görke: Johanna Bergman

Foto Ralf Christoffers: Dominique Prokopy

Foto Titelseite: www.ideengruen.de | markus pichlmaier

- 1 Ableitung der Ziele für ein Leitszenario 2030 unter Berücksichtigung dynamischer Analysen
http://www.energie.brandenburg.de/media/bb1.a.2865.de/Zahlen_Zielszenario.pdf
- 2 1,169kg CO₂ pro Kilowattstunde Strom nach Öko-Institut (2017): Die deutsche Braunkohlenwirtschaft. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen.
- 3 Block F geht ab Herbst 2018, Block E ab Herbst 2019 in eine vierjährige „Kapazitätsreserve“, danach werden beide endgültig stillgelegt.
- 4 Evaluation und Weiterentwicklung des Leitszenarios sowie Abschätzung der Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte, Prognos 2017, S. 31
https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/Prognos_Gutachten_zur_Energiestrategie_Brandenburg_final.pdf
- 5 LEAG legt Revierkonzept für die Lausitz vor, Pressemitteilung vom 30. März 2017
- 6 Energiestrategie 2030, Februar 2012, S.43
http://www.energie.brandenburg.de/media/bb1.a.2865.de/Energiestrategie_2030.pdf
- 7 Die groben Dimensionen zeigt Prognos 2017 in Abbildung 25 auf S. 41
- 8 Energie- und CO₂-Bilanz im Land Brandenburg 2014, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2017
Bruttostromerzeugung S. 14, Stromverbrauch S. 20,
https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2017/SB_E04-04-00_2014j01_BB.pdf
- 9 Energie- und CO₂-Bilanz im Land Brandenburg 2014, S. 12 f.

Herausgeber

GRÜNE Netzwerk
LIGA Ökologischer
Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Braunkohle
Umweltgruppe Cottbus e.V.
Straße der Jugend 94

03046 Cottbus

umweltgruppe@kein-tagebau.de
www.kein-tagebau.de

Stand: August 2017

Spendenkonto:

Inhaber: Umweltgruppe Cottbus
IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
BIC: GENODEM1GLS (GLS Bank)

Verwendungszweck: Lausitzer Kohle